

Hoffmann-Lange, Ursula

Politikverdrossenheit oder Politikdistanz? Zum Wandel der politischen Orientierungen junger Menschen

Diskurs 11 (2001) 1, S. 11-19



Quellenangabe/ Reference:

Hoffmann-Lange, Ursula: Politikverdrossenheit oder Politikdistanz? Zum Wandel der politischen Orientierungen junger Menschen - In: Diskurs 11 (2001) 1, S. 11-19 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-60127 - DOI: 10.25656/01:6012

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-60127>

<https://doi.org/10.25656/01:6012>

in Kooperation mit / in cooperation with:



**Deutsches
Jugendinstitut**

www.dji.de/diskurs

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation

Informationszentrum (IZ) Bildung

E-Mail: pedocs@dipf.de

Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

DISKURS

Thema

Homo politicus novus

Spektrum

- Die Bedeutung von Eltern und Peers für Selbst-Bildungsprozesse von Kindern
- »Das heißt noch lange nicht, daß sie die Peitsche in der Hand hat« – Die Transformation der Geschlechterordnung und die widersprüchliche Modernisierung von Männlichkeit

Trends

- Gestaltung des städtischen Wohnumfelds – Ein Thema für die Pädagogik?

Homo politicus novus

Sibylle Hübner-Funk

Demokratische Bodenhaftung mit Abstand zur Politik 6

Ursula Hoffmann-Lange

Politikverdrossenheit oder Politikdistanz?

Zum Wandel der politischen Orientierungen junger Menschen 11

Mit dem gesellschaftlichen und politischen Engagement der nachwachsenden Generation ist kein Staat zu machen – so eine in der öffentlichen Begutachtung der Nachgeborenen immer wieder angestimmte Klage. Genauere Analysen machen demgegenüber deutlich, daß von einer generellen »Politikverdrossenheit« nicht die Rede sein kann. Gewandelte Formen gesellschaftlicher Partizipation von Jugendlichen legen es vielmehr nahe, die Mitgliedschaft in Parteien, Gewerkschaften und Jugendverbänden nicht als alleiniges Gütesiegel für ein gelungenes gesellschaftlich-politisches Engagement anzuerkennen.

Wolfgang Gaiser / Martina Gille / Winfried Krüger /
Johann de Rijke

Zufrieden – kritisch – distanziert: Einstellungen junger Deutscher in West und Ost zur Demokratie 20

Wie ist es um die Akzeptanz des demokratischen Systems und seiner Spielregeln in der Jugend im vereinten Deutschland bestellt? Eine DJI-Untersuchung zeigt, wie unterschiedliche Lebenslagen und die daraus jeweils gezogenen Schlüsse die Urteile der einzelnen bestimmen. Ob und wie gut sich die Demokratie im ersten Jahrzehnt des Zusammenwachsens bewährt hat, findet aus der Sicht der Heranwachsenden denn auch recht unterschiedliche Antworten: »zufriedene Demokraten« einerseits, »kritische Demokraten« und »Distanzierte« andererseits – mit den für West und Ost spezifischen Ausprägungen.

Günter C. Behrmann

Quo vadis, Politische Bildung?

Zeit- und ideengeschichtliche Grundlagen ihrer Konzeptionen und Institutionen 30

Das Ende des Ost-West-Gegensatzes mit seinen ideen-, ordnungs- und machtpolitischen Konfliktlinien hat neben den Koordinaten nationaler und internationaler Politik auch die Rahmenbedingungen der Politischen Bildung in Deutschland wesentlich verändert. Der Beitrag beleuchtet die Umstrukturierungen und programmatischen Erklärungen, mit denen versucht wurde, der neuen Lage und den neuen Anforderungen an die Politische Bildung hinsichtlich ihrer Träger und im Rückblick auf deren Geschichte gerecht zu werden.

Renate Matsche

**Die Bedeutung von Eltern und Peers für
Selbst-Bildungsprozesse von Kindern**

38

Vor dem Hintergrund einer sich immer komplexer darstellenden Welt und einer individualisierten Kindheit werden Prozesse der »Selbst-Bildung« von Kindern immer wichtiger. Dabei gehen von Gleichaltrigen wie von Eltern bzw. erwachsenen Bezugspersonen gleichermaßen Entwicklungsimpulse aus. Die Autorin erörtert anhand neuerer empirischer Untersuchungen, welche Kompetenzen Kinder in und zwischen diesen Bezugssystemen entwickeln.

Michael Meuser

**»Das heißt noch lange nicht, daß sie die Peitsche in
der Hand hat« – Die Transformation der Geschlechter-
ordnung und die widersprüchliche Modernisierung
von Männlichkeit**

44

Daß der Wandel der Geschlechterordnung mitunter eine Erweiterung von Handlungsspielräumen mit sich bringt, hat nicht schon zwingend die Auflösung tradierter Hierarchien und Disparitäten zur Folge. Dies wird mit Blick auf die Männer deutlich, wenn Schritte der Veränderung auf neuen Sohlen alter Muster der Geschlechterhierarchie daherkommen. Der Autor legt Widersprüche in der Modernisierung von Männlichkeit offen und illustriert anhand von Fallbeispielen, wie sehr die Akzeptanz, als echter Mann durchzugehen, nach wie vor an das Vokabular hegemonialer Männlichkeit gebunden bleibt.

Ute Schad

**Jugend und Rechtsextremismus – Die gesellschafts-
politische Dimension von Fremdenfeindlichkeit**

51

Die Tatsache, daß Angriffe auf Ausländer und fremd aussehende Menschen vorwiegend von jungen Männern verübt werden, läßt leicht die gesellschaftspolitische Dimension dieser Gewalttaten übersehen. Der Beitrag wendet sich gegen eine Verharmlosung von rechtextremistischen und fremdenfeindlichen Formen der Gewalt als »Jugendphänomen« und beleuchtet die Defizite einer soziologisch-pädagogischen Betrachtungsweise, die als Desintegrationsansatz bekannt geworden ist.

Andreas Schmitz / Wolfgang Schlicht

**Gestaltung des städtischen Wohnumfeldes –
Ein Thema für die Pädagogik?**

58

Die schon etwas in die Jahre gekommene Klage, die Pädagogik werde nur zu oft als soziale Feuerwehr benutzt, hat trotz der seit längerem entwickelten und erprobten niedrigschwelligen Angebote wie der Straßensozialarbeit nichts an Aktualität eingebüßt. Die Autoren machen deutlich, wie wenig rein verhaltensorientierte Interventionen die Entstehung und Eskalation abweichenden Verhaltens von Kindern und Jugendlichen verhindern können. Zur Prävention von Delikten wie generell zur Verbesserung urbanen Zusammenlebens plädieren sie für eine stärkere Berücksichtigung des räumlich-materiellen Wohnumfeldes bei der Wahrnehmung pädagogischer Aufgaben.

Ursula Hoffmann-Lange

Politikverdrossenheit oder Politikdistanz?

Zum Wandel der politischen Orientierungen junger Menschen

Ursula Hoffmann-Lange, geb. 1943, Dr. phil., seit 1994 Universitätsprofessorin für Politikwissenschaft an der Universität Bamberg; Studium der Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Mannheim;

Forschungs- und Lehrtätigkeit beim Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, an der Universität Mannheim und an der University of Texas, Austin; 1989–1994 Leiterin der Abteilung »Jugend und Politik« beim DJI. Forschungsschwerpunkte: Eliten in Deutschland, politische Kultur, Jugend und Politik, Chancengleichheit von Frauen. **Aktuelle Veröffentlichungen:** (zus. m. Bürklin, Wilhelm) Generationswandel in der (west)deutschen Elite. In: Glatzer, Wolfgang/Ostner, Ilona (Hrsg.): Deutschland im Wandel. Opladen 1999, S. 163–177; Trends in der politischen Kultur Deutschlands: Sind Organisationsmüdigkeit, Politikverdrossenheit und Rechtsextremismus typisch für die deutsche Jugend? Gegenwartskunde, Jg. 48, 1999, S. 365–390; Bildungsexpansion, politisches Interesse und politisches Engagement in den alten Bundesländern. In: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. Opladen 2000, S. 46–64; Elite West – Elite Ost? Der Bürger im Staat, Jg. 50, H. 4, 2000, S. 203–210; Bildungsexpansion und politische Kultur in der Bundesrepublik. In: Kuhn, Hans-Peter/Uhlendorff, Harald/Krappmann, Lothar (Hrsg.): Sozialisation zur Mitbürgerlichkeit. Opladen 2000, S. 219–241

Professur für Politikwissenschaft
Universität Bamberg
D-96045 Bamberg
E-Mail: ursula.hoffmann@sowi.uni-bamberg.de

In den letzten Jahren haben sich in der Bundesrepublik Klagen über die »Politikverdrossenheit« der Jugend und ihre mangelnde Bereitschaft gehäuft, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren. In dem Beitrag wird gezeigt, daß die angebliche »Politikverdrossenheit« eher als »Politikdistanz« zu verstehen ist: als Gleichgültigkeit gegenüber »der Politik«, die mit einer hohen Kritikbereitschaft und flexiblen Loyalitäten einhergeht. Gleichzeitig haben sich auch die Formen des gesellschaftlichen Engagements der Jugendlichen und jungen Erwachsenen verändert. Die Bereitschaft zum Eintritt in formale Großorganisationen – wie z. B. Parteien, Gewerkschaften, Jugendverbände – ist drastisch zurückgegangen, während zugleich die Bereitschaft zur Teilnahme an direkt-demokratischen Einzelaktionen und zur Unterstützung informeller Gruppen aus dem Umfeld der Neuen Sozialen Bewegungen zugenommen hat. Der Beitrag verdeutlicht, daß diese Trends – entgegen dem ersten Anschein – keineswegs ein spezifisch deutsches Phänomen sind; doch gibt es aufgrund der von vielfältigen Schwierigkeiten begleiteten deutsch-deutschen Vereinigung durchaus typische Zuspitzungen, die diesem Transformationsprozeß zuzuschreiben sind.

Die angeblich ablehnende Haltung junger Menschen gegenüber »der Politik« wird hierzulande nicht nur von den Medien beklagt, auch die Sozialwissenschaften thematisieren vielfach das schwindende Vertrauen der nachwachsenden Generationen in die demokratischen Institutionen und deren nachlassende Bereitschaft zu politischem Engagement. Der Begriff »Politikverdrossenheit«

hat sich hierfür als scheinbar griffiges Schlagwort etabliert. Als Beleg für die zunehmende »Politikverdrossenheit« junger Menschen – aber auch der Bürgerschaft insgesamt – werden eine Reihe verschiedener Indikatoren angeführt, die von abnehmender Wahlbeteiligung bis hin zu negativen Einstellungen gegenüber den politischen Parteien und PolitikerInnen reichen. Dabei wird meist unterstellt, daß sich die »Politikverdrossenheit« in der jungen Generation immer weiter ausbreitet und eine säkulare Entwicklung darstellt, die langfristig die bürgerschaftlichen Grundlagen der Demokratie zu untergraben droht.

Diesem skeptischen Szenario läßt sich eine moderatere Sichtweise entgegensetzen, nach der sich die genannten Veränderungen aus den gewandelten Lebensbedingungen in den entwickelten Demokratien der westlichen Industriegesellschaften erklären lassen. Die negative Bewertung dieses Wandels ergibt sich in erster Linie daraus, daß die BeobachterInnen bzw. InterpretInnen von einem relativ festgefügt und widersprüchlichen Bild von der Rolle »der Bürger« ausgehen: Zum einen sollen sie sich gesellschaftlich und politisch engagieren, aber nur im Rahmen der etablierten institutionellen Strukturen; zum anderen sollen sie politisch interessiert, informiert und kritisch sein, letzteres aber in Maßen; sie sollen zudem regelmäßig zur Wahl gehen, aber in ihrem Wahlverhalten tunlichst Verlässlichkeit und Stabilität zeigen. Diese Normvorstellungen orientieren sich an den Gegebenheiten der Gründungsphase der (west-)deutschen Demokratie und sind daher den Bedingungen der differenzierten post-industriellen (und post-sozialistischen) Gesellschaft mit ihrem hohen Ausbildungs- und Informationsniveau nicht mehr angemessen. Sie übersehen insgesamt, daß die Demokratie ein prinzipiell offenes politisches System ist und auf verschiedene Weise praktiziert werden kann.

Der folgende Beitrag befaßt sich zunächst mit der Diagnose jenes Wandels, d. h. den Indikatoren, die gemeinhin als Beleg für die zunehmende »Politikverdrossenheit« von Jugendlichen angeführt werden. Im Anschluß daran werden einige Ursachenbündel dieser Wandlungen auf ihre Plausibilität hin analysiert, und schließlich wird auf die möglichen Auswirkungen für die politische Kultur eingegangen. Dabei wird statt des wertenden Begriffs der »Politikverdrossenheit« das deskriptive Konzept der zunehmenden »Politikdistanz« verwendet.

Empirische Trends: Anzeichen für eine zunehmende »Politikdistanz« junger Menschen

Angesichts der Fülle der als Beleg für die zunehmende »Politikdistanz« der Jugend diskutierten Aspekte sollen im Rahmen des vorliegenden Beitrags vor allem vier Indikatoren herausgegriffen werden, die in der öffentlichen Diskussion eine zentrale Rolle spielen: das politische Interesse, die Wahlbeteiligung, das Vertrauen in politische Insti-

tutionen sowie die Bereitschaft zu gesellschaftlichem und politischem Engagement. Während negative Einstellungen gegenüber »der Politik« und insbesondere gegenüber den Parteien als Anzeichen für eine abnehmende Legitimität der Demokratie betrachtet werden, verweist die schwindende Bereitschaft zu gesellschaftlichem und politischem Engagement auf eine Erosion des »Sozialkapitals« der Gesellschaft. Diese ist weit über den politischen Raum hinaus von Bedeutung, da sie nicht nur eine zentrale Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen, sondern für den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft darstellt.

Die bekannten Shell-Jugendstudien (die seit Mitte der 50er Jahre durchgeführt werden) enthalten seit Mitte der achtziger Jahre jeweils mindestens eine Frage nach dem Interesse der Jugendlichen an Politik. Aufgrund des hohen Aufmerksamkeitswertes, den diese Studien in der Medienöffentlichkeit genießen, werden die Antworten auf diese Frage häufig als signifikanter Hinweis auf die Entwicklungen in den politischen Orientierungen der (west-)deutschen Jugend interpretiert. Seit Beginn der neunziger Jahre zeigen die Reaktionen auf diese Frage einen steilen Abwärtstrend, der allerdings nicht auf die junge Generation beschränkt ist. Die seit 1980 im zweijährigen Turnus durchgeführte »Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften« (ALLBUS) ergibt einen vergleichbaren Trend auch für die gesamte Wahlbevölkerung der Bundesrepublik. Die Ergebnisse der ALLBUS-Studien legen zudem die Interpretation nahe, daß der Zusammenbruch der DDR und ihr Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes einen starken politischen Mobilisierungseffekt hatten und das Interesse an politischen Fragen kurzzeitig in die Höhe trieben. Der seitdem eingetretene Rückgang hat seine Ursachen nicht zuletzt in der inzwischen erfolgten »Normalisierung« des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses.

Verfolgt man die Entwicklung des politischen Interesses in der alten Bundesrepublik noch weiter zurück, so nahm dieses (nach einschlägigen Ergebnissen des Instituts für Demoskopie in Allensbach) von Anfang der fünfziger Jahre bis etwa Mitte der siebziger Jahre stetig zu. Die Entwicklung erreichte dann in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren ihren Höhepunkt. Seitdem fluktuiert das politische Interesse mit teilweise erheblichen Ausschlägen nach oben und unten.

Der in den neunziger Jahren beobachtbare starke Rückgang kann daher in erster Linie als Normalisierungstrend verstanden werden, in dessen Verlauf sich die um die Wende zum letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ungewöhnlich hohen Werte wieder auf das in politisch ruhigeren Zeiten übliche Maß eingependelt haben. Das politische Interesse in der Altersgruppe der unter 30jährigen lag dabei im gesamten Zeitraum überwiegend etwas unter dem der Gesamtwählerschaft. Der Rückgang in den neunziger Jahren war allerdings in den jüngeren Generationen sehr viel ausgeprägter als in den älteren (vgl. Schaubild 1).

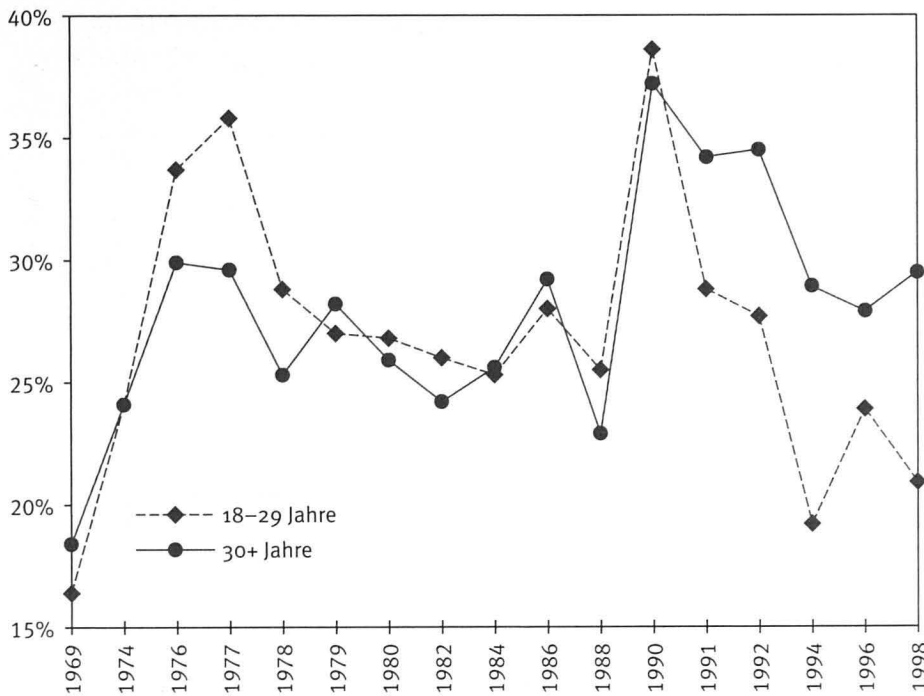


Schaubild 1: Politische Interessen nach Altersgruppen

Anteilswerte: sehr starkes und starkes Interesse auf einer 5-stufigen Skala
 Quelle: Wahlstudie 1969; Political Action 1974; ZUMA-Standarddemographie 1976–1979; ALLBUS 1980–1996

Die Entwicklung in den verschiedenen Altersgruppen legt den Schluß nahe, daß die Intensitätsausschläge des politischen Interesses bei den Angehörigen der jungen Generation ausgeprägter sind als bei den Erwachsenen (Hoffmann-Lange 2000). Dies ist durchaus plausibel, da Jugendliche sich noch in ihrer politischen Prägephase befinden und sensibler auf aktuelle Ereignisse reagieren, während das politische Interesse der Erwachsenen geringeren Schwankungen unterliegt. Jugendliche werden sichtlich vom »Zeitgeist« stärker erfaßt als Erwachsene. Insofern läßt die Abnahme des politischen Interesse der Jugend in den neunziger Jahren – für sich genommen – noch nicht auf eine zunehmende »Politikdistanz« der heutigen Jugend schließen.

Auch die unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung der JungwählerInnen wird vielfach als Ausdruck der steigenden »Politikdistanz« der jungen Generation betrachtet. Während bis zu Beginn der achtziger Jahre dieses JungwählerInnen-Defizit relativ konstant war und die Wahlbeteiligung der Erst- und ZweitwählerInnen immer um etwa 10 % unter der Wahlbeteiligung der Gesamtwählerschaft lag, hat sich seitdem die Schere zwischen der Wahlbeteiligung der JungwählerInnen und der älteren Wahlbevölkerung noch weiter vergrößert. Die Wahlbeteiligung der JungwählerInnen sank z. B. bei Landtags- und Europawahlen meist auf unter 50 %, während gleichzeitig die Differenz zu den älteren Erwachsenen auf mehr als 30 % anstieg (Hofmann-Göttig 1996, S. 22; Wiesendahl 2001, S. 11).

Zur Erklärung dieses relativen Rückgangs der Wahlbeteiligung wird außerdem Desinteresse an politischen

Fragen und der Unzufriedenheit mit den erbrachten Regierungsleistungen auch die abnehmende Bedeutung der »Wahlnorm« angeführt. Tatsächlich ist die Vorstellung, die regelmäßige Teilnahme an demokratischen Wahlen sei »Bürgerpflicht«, bei jüngeren WählerInnen weniger ausgeprägt. So befürworteten z. B. in einer in den neunziger Jahren durchgeführten Studie über vier Fünftel der bis 1939 Geborenen eine entsprechende Aussage, während nur knapp drei Viertel der seit 1970 Geborenen jene Ansicht teilten (Kaase/Bauer-Kaase 1998). Dieser zunächst nicht besonders große Unterschied zwischen den Generationen wird noch deutlicher, wenn das gestiegene Bildungsniveau der jüngeren Generation berücksichtigt wird. Denn die Befürwortung der »Wahlnorm« hängt stark vom formalen Bildungsniveau ab (vgl. Schaubild 2). Innerhalb der einzelnen Bildungsgruppen ist die Differenz zwischen

den Generationen erheblich. Insofern kompensiert das gestiegene Bildungsniveau den ausgeprägten Generationeneffekt, so daß die sinkende Akzeptanz der »Wahlnorm« für die Gesamtgruppe der jüngeren Befragten bisher nicht so ausgeprägt ist. Unter theoretischen Gesichtspunkten ist allerdings fraglich, ob es sich bei der abnehmenden Befürwortung der »Wahlnorm« nicht eher um einen Teil des Syndroms handelt, das erklärt werden soll.

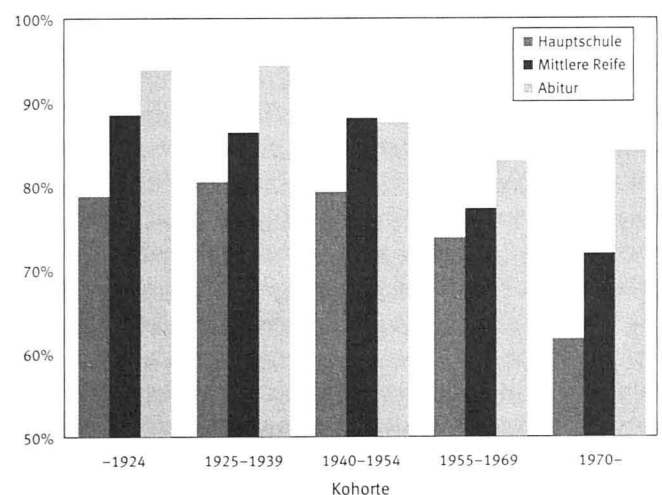


Schaubild 2: Befürwortung der Wahlnorm nach Bildungsniveau und Kohortenzugehörigkeit

Anteilswerte: Werte +1 und +2 auf einer 5-stufigen Skala
 Quelle: Falter et al., Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland, 1994–1998

Das abnehmende Vertrauen in die politischen und gesellschaftlichen Institutionen wird meist als der wichtigste Hinweis auf die zunehmende »Politikdistanz« der Jugendlichen betrachtet. Bezüglich der Antworten auf diese Frage zeigt sich allerdings ein auf den ersten Blick paradoxes Ergebnis: Einerseits bringen die jüngeren BürgerInnen fast durchweg ein geringeres Vertrauen als die älteren zum Ausdruck, andererseits aber war der Rückgang während der vergangenen zwanzig Jahre in der älteren Generation ausgeprägter als in der jüngeren (Gille et al. 2000, S. 238). Es handelt sich bei dieser Entwicklung also um mehr als ein jugendspezifisches Phänomen. Vergleichbare Vertrauenseinbußen gelten auch für eine Reihe weiterer Einstellungen: etwa bei der Aussage, die meisten PolitikerInnen verfolgten lediglich ihre persönlichen bzw. parteipolitischen Interessen und setzten sich nicht genug für die allgemeinen Belange der BürgerInnen ein. Auch die landläufige Annahme, Politik sei »ein schmutziges Geschäft«, hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten ständig an Popularität gewonnen.

Demgegenüber ist die empirische Evidenz im Hinblick auf die abnehmende Bereitschaft zu gesellschaftlichem und politischem Engagement in der jüngeren Generation wesentlich weniger eindeutig. Ein solcher Trend ist unstrittig, soweit Mitgliedschaften in Verbänden, Vereinen und politischen Parteien betrachtet werden. Vor allem bei den politischen Parteien war die Abnahme in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten eklatant, nachdem die Parteien im Gefolge der 68er Studentenbewegung eine große Zahl von Jungmitgliedern verzeichnen konnten. Inzwischen liegt die Zahl der Neueintritte in der Altersgruppe der unter 30jährigen noch unter derjenigen der fünfziger Jahre, so daß der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtmitgliedschaft z. B. bei der SPD auf 6,3%, bei der CDU auf 5,5% und bei den »Grünen« auf 12,5% gesunken ist (Wiesendahl 2001, S. 8).

Allerdings darf man aus diesem markanten Rückgang der Mitgliederzahlen nicht umstandslos auf eine abnehmende Organisationsbereitschaft der jungen Generation schließen. Denn in den vergangenen Jahrzehnten sind vor allem im Bereich der Neuen Sozialen Bewegungen zahlreiche neue Organisationen entstanden, deren Mitglieder überwiegend jüngeren Jahrgängen angehören. Insofern handelt es sich hier – zumindest teilweise – um die Folge einer Verschiebung im allgemeinen Organisationsspektrum.

Die geringere Bereitschaft der BürgerInnen, sich in den intermediären gesellschaftlichen Organisationen (Verbänden, Parteien usw.) aktiv zu betätigen, ist somit weniger ausgeprägt als vielfach angenommen. Andererseits zeigt die differenzierte Analyse Robert Putnams für die USA (Putnam 2000, Kap. 9), daß das Engagement in neuen Initiativen und Organisationen weniger kontinuierlich ist als in den traditionellen Organisationen. Darüber hinaus ist diese Beteiligung vielfach nur virtuell, d. h. auf die

nominelle Mitgliedschaft und finanzielle Unterstützung von Organisationen wie »Greenpeace« beschränkt. Wiesendahl bezeichnet dieses Muster einer Befürwortung direkter politischer Aktionen bei gleichzeitiger Beschränkung der Partizipationsbereitschaft auf punktuelle, zeitlich unaufwendige Aktivitäten als »konsumptive politische Partizipation« (Wiesendahl 2001, S. 16).

Putnam konnte jüngst mittels einer Längsschnittanalyse für die USA zeigen, daß es sich bei der seit den achtziger Jahren verstärkt zu beobachtenden Rückläufigkeit in allen Arten des gesellschaftlichen Engagements um ein verändertes Verhalten der nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Jahrgangskohorten handelt, die vielfach als »Baby Boom-Generation« (1946–1964) und »Generation X« (1965–1980) bezeichnet werden. Die ganze Dramatik dieser geringeren Beteiligung erschließt sich jedoch erst in jüngerer Zeit, da die Angehörigen dieser Kohorten bis in die achtziger Jahre hinein einen nur langsam steigenden Anteil der Gesamtbevölkerung ausmachten und zudem über ein höheres Bildungsniveau als ihre Vorläufergenerationen verfügten. Der relative Rückgang wird daher erst offenkundig, wenn man Generationszugehörigkeit und Bildungsniveau in der Analyse berücksichtigt (Putnam 2000, Kap. 14).

Putnams Ergebnisse zeigen, daß hier eine gesellschaftliche Entwicklung vonstatten geht, die keineswegs auf Deutschland beschränkt ist. Seiner Analyse kommt insofern eine herausragende Bedeutung zu, als die USA als das klassische Land bürgerschaftlichen Engagements gelten. So überzeugend diese Ergebnisse im Hinblick auf die Abnahme bürgerschaftlichen Engagements auf den ersten Blick wirken, so ist doch zu fragen, ob die beobachtbaren Veränderungen wirklich einen »Niedergang« darstellen. Putnams Bewertung beruht nämlich darauf, daß die positiven Auswirkungen bürgerschaftlichen Engagements an eine kontinuierliche Einbindung in persönliche Netzwerke gebunden sind. Flexible Organisationsformen mit wechselnden thematischen Schwerpunkten stellen für ihn keine vergleichbare Basis dar, da sie nur von einem kleinen Personenkreis – den »politischen UnternehmerInnen« – getragen werden. Dabei übersieht er allerdings, daß diese Arbeitsteilung zwischen dem kleinen Kreis von Personen, der die kontinuierliche Arbeit trägt, und der großen Zahl passiver Mitglieder, die sich nur gelegentlich zur Partizipation »aufrufen«, auch für traditionelle Organisationen gilt. Organisationsmitgliedschaft ist schließlich nicht mit regelmäßigem Engagement gleichzusetzen, wie alle Verbandsfunktionäre nur zu gut wissen. Allerdings weichen die neuen Organisationsformen von den früher üblichen Mustern tatsächlich insofern ab, als sie flexibler, spontaner und weniger dauerhaft sind.

Was sich geändert hat, sind also in erster Linie die Voraussetzungen einer erfolgreichen Mobilisierung der BürgerInnen für kollektive Ziele. Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen können unter den Bedingungen der

Mediengesellschaft heutzutage rasch und wirksam eine beträchtliche Breitenwirkung erzielen. Gleichzeitig hat die Akzeptanz »direkter« politischer Aktionen – seien es Unterschriftensammlungen, Spendensammlungen oder Demonstrationen – gegenüber früher erheblich zugenommen. Auch wenn die Kluft zwischen dieser Akzeptanz und der tatsächlichen Beteiligung groß ist (Gaiser/de Rijke 2000, S. 272f.), so deutet dies doch auf gravierende Veränderungen im allgemeinen »Stil« des gesellschaftlichen und politischen Engagements hin: Er ist erheblich spontaner und erratischer geworden, und die Bereitschaft zum formalen Beitritt in intermediäre Organisation (mit regelmäßigen Beitragszahlungen) sowie zur Teilnahme an deren regulären Treffen hat abgenommen. Mit der Erosion der traditionellen Sozialmilieus ist zudem auch die affektive Bindung der Mitglieder an die Organisationen schwächer geworden, die früher oft von dem Bewußtsein begleitet war, einer »Schicksals- bzw. Gesinnungsgemeinschaft« anzugehören. Hingegen nehmen viele junge Men-

schen heutzutage eine eher instrumentelle Haltung zu den von ihnen unterstützten Organisationen ein, auch wenn sie diese aufgrund moralischer Zustimmung unterstützen. Oft wird Unterstützung nur noch punktuell und bedingt gewährt, d. h. sie erfolgt für bestimmte Zwecke und zeitlich befristet, was wiederum die Organisationen zu steter Rechenschaftslegung und immer neuen Mobilisierungsbemühungen zwingt.

Gerade das politische Engagement von jungen BürgerInnen unterliegt somit zyklischen Schwankungen, deren Pendelausschläge und Wendepunkte nur schwer prognostizierbar sind. Allerdings haben sich die Beteiligungsformen erkennbar differenziert und gewandelt, so daß eine Trendwende bezüglich der Parteimitgliederzahlen kaum in Sicht ist. Aber die Teilnahme an Aktionen von Bürgerinitiativen, die bei den Jugendlichen über ein hohes Prestige verfügen, kann jederzeit unvorhersehbar in die Höhe schnellen, sofern sie ein Thema aufgreifen, das Jugendliche für zentral halten (Wiesendahl 2001, S. 18; Gaiser/de Rijke 2000, S. 273/292).

Mögliche Ursachen der zunehmenden »Politikdistanz« Jugendlicher

Politische Ursachen

Die Öffentlichkeit schreibt die zunehmende »Politikdistanz« der BürgerInnen – und insbesondere der Jugendlichen – in der Regel politischen Ursachen zu. Man geht davon aus, daß die Politiker tatsächlich so unfähig seien, wie die BürgerInnen sie wahrnehmen: Mithin sei die wachsende Verbreitung negativer Einschätzungen eine direkte Folge der Zunahme politischer Fehlentscheidungen und Korruption.

Diese These unterstellt, daß die BürgerInnen ein großes Interesse an politischen Fragen hätten und zutreffend über politische Vorgänge informiert seien, was jedoch dem von der Meinungsforschung belegten bestenfalls mäßigen Interesse der Bevölkerung an politischen Fragen widerspricht. Zum anderen wird dabei nicht berücksichtigt, daß die BürgerInnen ihre politischen Informationen meist nur indirekt – nämlich über die politische Medienberichterstattung – beziehen, in der politische Skandale einen breiten Raum einnehmen, da diesen – wie aus kommunikationswissenschaftlichen Untersuchungen bekannt – ein höherer Nachrichtenwert zukommt als dem unspektakulären politischen Alltagsgeschäft.

Eine weitere Ursache für die zunehmende »Politikdistanz« der BürgerInnen wird vielfach auch in der unzulänglichen Leistungsfähigkeit der politischen Institutionen und ihrer RepräsentantInnen gesehen. Die VertreterInnen dieser These gehen nicht notwendigerweise von einer abnehmenden Kompetenz der verantwortlichen politischen Eliten aus, sondern gestehen ihnen durchaus einen auf-

grund der beschleunigten Globalisierung vergrößerten Problemdruck zu. Die Annahme, daß die zunehmende »Politikverdrossenheit« auf vermeintliche oder tatsächliche Defizite der »großen Politik« zurückzuführen sei, wird nicht zuletzt damit begründet, daß in Meinungsumfragen diejenigen Befragten, die Parteien und PolitikerInnen besonders ablehnend gegenüberstehen, auch ein deutlich geringeres Interesse an politischen Fragen und eine geringere Wahlbereitschaft aufweisen und zudem allen Parteien eine mangelnde Kompetenz zur adäquaten Lösung der allgemeinen Gesellschaftsprobleme zuschreiben (Maier 2000, S. 232ff.).

Insbesondere zur Erklärung der politischen Unzufriedenheit von Jugendlichen verweisen wohlmeinende PädagogInnen und JugendforscherInnen auch immer wieder auf Defizite der bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt-, Familien- und Jugendpolitik. Sie unterstellen z. B., daß die Jugendlichen aufgrund ihres komplizierter gewordenen Berufseinstiegs erbittert seien und darauf mit »Politikverdrossenheit« reagierten. Dies ist aber nur dann der Fall, wenn die Jugendlichen die Verantwortung für ihre schlechten Berufschancen tatsächlich den Parteien und PolitikerInnen anlasten und nicht den allgemeinen gesellschaftlichen Umständen oder gar sich selbst zuschreiben. Zudem ist fraglich, ob die Problemlösungskompetenzen der PolitikerInnen früher tatsächlich höher bzw. die Problemlagen weniger gravierend waren als heute und ob diese Erklärung die Vergangenheit nicht unangemessen idealisiert.

Gesellschaftliche Ursachen

Auch wenn man nicht ausschließen kann, daß die gestiegene »Politikdistanz« der jungen Generationen zumindest teilweise auf politische Ursachen zurückzuführen ist, so müssen doch auch gesellschaftliche Ursachen in Betracht gezogen werden. So haben sich die Lebensbedingungen in den entwickelten Industriegesellschaften in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt, was unvermeidlich auch auf die politischen Orientierungen der nachgewachsenen Kohorten zurückgewirkt hat.

Hier ist zunächst die Anfang der 70er Jahre eingeleitete Bildungsexpansion zu nennen, in erster Linie deshalb, weil an sie vielfach übersteigerte Erwartungen geknüpft worden sind. Da höhere Bildung üblicherweise mit einem ausgeprägteren politischen Interesse und Informationsniveau sowie einem besseren Verständnis für politischen Fragen einhergeht, erhoffte man sich von einer Anhebung des Bildungsniveaus gleichzeitig auch eine Zunahme des politischen Verständnisses und bürgerschaftlichen Engagements. Diese Sichtweise berücksichtigt allerdings nicht, daß Bildung nicht nur ein individuelles, sondern auch ein gesellschaftliches Statusgut ist: Als individuelles Gut vermittelt sie die Fähigkeit, sich in der Welt besser zurechtzufinden; als gesellschaftliches Statusgut ist sie für die Zuteilung von Berufsstatus und Einkom-

menschanzen von ausschlaggebender Bedeutung. Statusgüter haben aber die Eigenschaft, daß sie zwar in einem absoluten Sinne, nicht jedoch in einem relativen Sinne vermehrbar sind. Ähnlich wie zunehmender gesellschaftlicher Reichtum zwar für alle zur Erhöhung des Lebensstandards führt, Einkommensunterschiede jedoch nicht aufhebt, so hat die Bildungsexpansion zwar zu einer Erhöhung des durchschnittlichen Bildungsniveaus geführt, jedoch ist die Zuteilung von Berufschancen dadurch nicht egalitärer geworden. Eher ist das Gegenteil der Fall: Durch die Bildungsexpansion wurde ja nicht nur der Hauptschulabschluß entwertet und quantitativ »ausgetrocknet«, sondern haben auch die höheren Bildungsabschlüsse – relativ zueinander – aufgrund ihrer Vermehrung eine Abwertung erfahren.

Auch gesellschaftliche und politische Beteiligung ist ein Statusgut, das von der Verfügung über soziales und kulturelles Kapital abhängt, also vom Bildungsniveau (und entsprechender Artikulationsfähigkeit) und von einer Berufsposition, die die Chancen des Zugangs zu politischen Entscheidungsträgern eröffnet (Nie et al. 1996). Hieraus ergibt sich, daß aufgrund der (westdeutschen) Bildungsexpansion höhere Bildungsabschlüsse auch in ihrer Bedeutung für die politische Beteiligung tendenziell entwertet worden sind. Dies wird im Hinblick auf das politische Interesse von Schaubild 3 bestätigt. Während die Prozentsatzdifferenz zwischen Befragten mit Abitur und Befragten mit Hauptschulabschluß in den Kohorten, die das Bildungssystem noch vor der Bildungsexpansion der siebziger Jahre durchlaufen haben, etwa 40 % beträgt, ist sie in der jüngsten Kohorte der ab 1970 Geborenen auf 27 % gefallen. Die Differenz zwischen den Befragten mit Hauptschulabschluß und denen mit Mittlerer Reife ist sogar noch stärker geschrumpft: von etwa 20 % auf 6 %. Der Um-

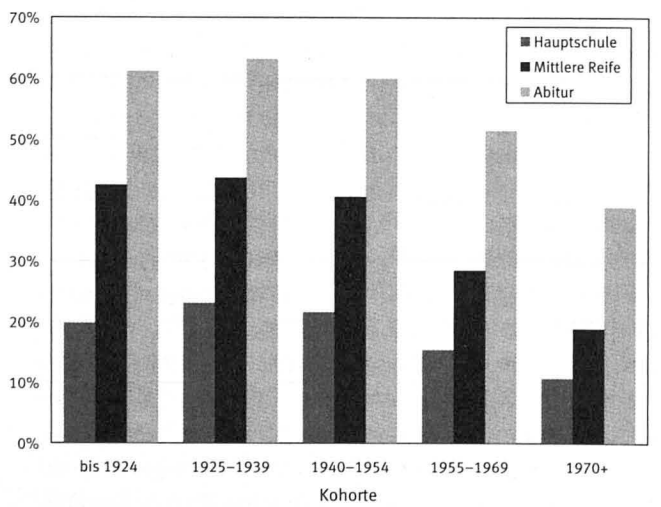


Schaubild 3: Politisches Interesse nach Bildungsniveau und Kohortenzugehörigkeit
 Anteilswerte: sehr starkes und starkes Interesse auf einer 5-stufigen Skala
 Quelle: ALLBUS 1980–1998

stand, daß Bildung ein Statusgut ist, kann also z. T. erklären, warum die Bildungsexpansion nicht – wie erwartet – zu einer proportionalen Erhöhung des Interesses an politischen Fragen und der Bereitschaft zu dauerhaftem politischem Engagement geführt hat.

Zwei weitere, eng zusammenhängende gesellschaftliche Ursachen, die vermutlich die Distanz der Bürger zu den politischen Institutionen erhöht haben, sind die gesellschaftliche Pluralisierung und die Konsolidierung der repräsentativen Demokratie in Deutschland. Die Veränderungen der hochindustrialisierten Gesellschaften im Rahmen der globalen Vernetzungsprozesse (des Kapitals, der Arbeit und der Kommunikationsmedien) haben die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der traditionellen sozialen Konfliktlinien sowie ihrer Trägerorganisationen sichtlich herabgesetzt. Dies zeigt sich u. a. daran, daß Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Kirchen sowie die mit diesen institutionalisierten Milieus verbundenen Vereinigungen (wie z. B. Naturfreunde, Arbeiterwohlfahrt, kirchliche Laienorganisationen) seit Jahren beträchtliche Mitgliederverluste zu verzeichnen haben.

Angesichts eines flexibleren Marktes von WählerInnen lösten die politischen Parteien ihre traditionell engen Bindungen an spezifische Milieus, um so ihre Resonanzbasis zu verbreitern. Ihre zunehmende Wandlung zu »Volksparteien«, die ihre Wählerschaft nicht mehr in erster Linie auf der Basis ihrer sozialen Gruppenzugehörigkeit, sondern politisch-programmatisch anzusprechen suchen, hatte die Erosion der klassischen Stammwählerschaften und die Erhöhung des Wechselwähleranteils zur Folge. WechselwählerInnen aber weisen eine relativ geringe Bindung an die von ihnen jeweils gewählte Partei auf; sie entscheiden sich strategisch-situativ für oder gegen bestimmte politische Optionen. Insofern hat die im Sinne eines politischen Wettbewerbs wünschenswerte Intensivierung der Parteienkonkurrenz gleichzeitig die politische Mobilisierung der WählerInnen erschwert: Mitglieder sozial kohäsiver Milieus mit traditionell hoher affektiver Bindung an eine Partei lassen sich bekanntermaßen leichter mobilisieren als politisch ungebundene WählerInnen, die erst davon überzeugt werden müssen, daß sich eine bestimmte Wahloption für sie lohnt.

Hinzu kommt, daß sich mit der Konsolidierung der bundesrepublikanischen Demokratie und dem Zusammenbruch des ideologischen Systemkonkurrenten DDR die politischen Positionen der großen Parteien einander angenähert haben. Es gibt zwischen ihnen einen Konsens über die Grundstrukturen nicht nur des politischen Systems, sondern auch über viele zentrale Sachfragen der Politik. Wahlkämpfe gehen daher weniger um politische Grundsatzpositionen, sondern eher um Detailfragen, d. h. um die besten politischen Lösungen für aktuell drängende Probleme. Zwar lassen sich in den Lösungsvorschlägen der Parteien nach wie vor unterschiedliche Grundpositionen ausmachen; für die BürgerInnen, die sich nicht inten-

siv mit Politik befassen, ist dies aber schwer zu erkennen. Sie neigen dazu, parteipolitische Konflikte über solche Fragen als belanglose Details oder aber als taktische Manöver zu betrachten, die der »Verschleierung« der echten Absichten der Parteien dienen.

Schließlich werden vielfach auch die Medien für die gestiegene Politikdistanz der (jungen) BürgerInnen verantwortlich gemacht: ihnen wird vorgeworfen, durch Personalisierung und Negativschlagzeilen ein verzerrtes Bild des politischen Prozesses zu vermitteln. Bei aller berechtigten Kritik an der Oberflächlichkeit der politischen Berichterstattung der Medien und an ihrer Neigung, lieber politische Skandale anzuprangern als ihrer politischen Bildungsfunktion nachzukommen (Maier 2000, S. 79ff.), ist diese These aber wenig plausibel. Denn selbst eine hochgradig skandalisierende politische Berichterstattung wird von den meisten BürgerInnen nur am Rande, wenn überhaupt wahrgenommen. Zudem ist die Aufdeckung von Skandalen unter normativen Gesichtspunkten eine zentrale Funktion der Medien in einer demokratischen Staatsverfassung. Insofern wäre die Vertuschung des menschlichen und politischen Fehlverhaltens von PolitikerInnen eher ein Zeichen für die verminderte Funktionsfähigkeit einer Demokratie. Umgekehrt kann die offene Berichterstattung darüber als Ausweis der Robustheit demokratischer Institutionen und des Funktionierens demokratischer Kontrolle gelten. Demokratische Institutionen sind ja gerade aus der Erkenntnis heraus geschaffen worden, daß Menschen egoistisch und fehlbar sind. Genau aus diesem Grunde haben sie Transparenz und Kritik institutionalisiert sowie Regularien zur Ablösung der FunktionsträgerInnen festgelegt. Insofern ist es im Grunde unlogisch, einerseits Kritik als Wesensmerkmal von Demokratie zu postulieren, andererseits die kritische Berichterstattung und kritische Haltung der BürgerInnen als problematisch für die Stabilität der Demokratie zu betrachten.

Letztlich kann man also bezweifeln, ob das in den Umfragedaten zum Ausdruck kommende abnehmende Vertrauen in Parteien und PolitikerInnen überhaupt etwas mit »Politikverdrossenheit« zu tun hat und nicht vielmehr eine kritische Distanz reflektiert, die eher positiv als negativ zu bewerten ist. Die Zunahme der bürgerschaftlichen Kritikbereitschaft wäre dann in erster Linie eine Folge der Stabilität des demokratischen Systems und nicht ein Anzeichen für dessen Instabilität.

Resümee: Konsequenzen der gestiegenen »Politikdistanz«

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß eher von einer gestiegenen Distanz junger (und älterer) BürgerInnen zur Politik als von »Politikverdrossenheit« gesprochen werden sollte: Es handelt sich bei den beschriebenen Erscheinungen mehr um Desinteresse und Gleichgültigkeit gegen-

über der Sphäre der Politik als um deren emotionale Ablehnung. Gleichwohl kann diese Gleichgültigkeit unter ungünstigen Bedingungen in eine generelle Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in der Demokratie umschlagen, da die gestiegene »Politikdistanz« durchaus auch ihre Kosten hat: zum einen die gewachsene Abhängigkeit der PolitikerInnen von den Schwankungen der öffentlichen Meinung in bezug auf schnell wechselnde öffentlichkeitswirksame Themen, die oft wenig mit den zentralen politischen Problemen zu tun haben; zum anderen die erhöhte Personalisierung von Politik, bei der persönliche politische Erfolge und Mißerfolge häufig überbetont werden. Wahlerfolge sind somit schwerer kalkulierbar geworden als früher, d. h. Regierungen können sich ihrer Wiederwahl nicht mehr so sicher sein. Dies ist zwar – ebenso wie die Aufdeckung politischer Skandale durch die Medien – im Sinne einer stärkeren öffentlichen Kontrolle der Politik positiv zu werten, begünstigt aber den Eindruck einer sehr kurzfristig angelegten Politik, die ihre Programme und Maßnahmen angesichts des lautstarken Widerstands von gesellschaftlichen Interessengruppen zu revidieren geneigt ist. Die Parteien und PolitikerInnen leisten zudem der Wahrnehmung, die »politische Klasse« sei tendenziell korrupt, teilweise selbst Vorschub, indem sie die persönliche und politische Diffamierung ihrer politischen GegnerInnen als Mittel zur Durchsetzung eigener politischer Ziele verwenden, wobei sie – wie auch die Medien – häufig Gefahren für die Stabilität der demokratischen Institutionen heraufbeschwören, während es tatsächlich nur um die Durchsetzung ihrer machtpolitischen Ziele geht.

Eine Folge der abgeschwächten parteipolitischen Loyalitäten sind – wie gesagt – sinkende Wahlbeteiligungsraten vor allem junger Menschen, auch wenn diese meist auf deren geringes Interesse und nicht auf eine grundsätzliche Ablehnung von demokratischer Politik zurückgehen, da ihre Entscheidung, an einer Wahl teilzunehmen, nicht mehr aufgrund eines staatsbürgerlichen Pflichtgefühls erfolgt, sondern in erster Linie von der Bedeutung abhängt, die sie der jeweiligen Wahl für ihre eigene Interessenlage zuschreiben.

Unter den gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen schlägt politische Unzufriedenheit zudem leicht in politisches Protestverhalten um. Dies wird offenkundig an der hohen Bereitschaft gerade von Angehörigen der jüngeren Alterskohorten, sich an politischen Demonstrationen, Unterschriftensammlungen usw. zu beteiligen. Die bei manchen Wahlen sprunghaft in die Höhe schnellenden Stimmenanteile für – rechte oder linke – »Protestparteien« deuten in die gleiche Richtung. Beide Faktoren wirken vielfach auch zusammen, da bei gleicher absoluter Stimmenzahl eine geringere Wahlbeteiligung die Anteilswerte für Protestparteien relativ in die Höhe treibt und so eine breitere Wählerunterstützung für diese suggeriert, als tatsächlich vorliegt.

Insofern bleibt festzuhalten, daß die Besorgnis über die vermeintlich zunehmende »Politikverdrossenheit« der jungen Menschen empirisch und theoretisch einer näheren Überprüfung aus politikwissenschaftlicher Sicht nicht Stand hält: Die beklagten Entwicklungen sind keine Anzeichen des Niedergangs der politischen Kultur in Deutschland, sondern deuten vielmehr auf einen grundlegenden Wandel in den Mustern gesellschaftlicher Integration und im Verhältnis der Bürgerschaft zum politischen System hin. Mit der gesellschaftlichen Individualisierung stehen die Menschen in den entwickelten Demokratien der westlichen Industriestaaten in viel geringerem Maße als früher den intermediären Organisationen und politischen Eliten als Resonanzbasis und Dispositionspotential zur Verfügung. Bürokratische Großorganisationen haben es daher schwerer, ihre Existenz zu rechtfertigen und ihre »Gefolgschaft« zu mobilisieren. Neuere, kleinere Gruppierungen sind zwar flexibler und können oft erfolgreicher agieren,

doch mangelt es ihnen an der Dauerhaftigkeit und emotionalen Bindungskraft, durch die sich die traditionellen Großorganisationen bisher auszeichneten. Im politischen Raum sind die jungen BürgerInnen ersichtlich offener, kritischer und schneller bereit zum Wechsel ihrer Parteipräferenzen sowie zur Artikulation von politischem Protest, aber nicht unbedingt besser und umfassender informiert als früher. Wie jede Entwicklung hat also auch diese ihre Schattenseiten; doch wäre es falsch, den eingetretenen Wandel ausschließlich unter dem Aspekt des Verlusts bzw. Niedergangs zu bewerten.

Der vorliegende Beitrag hat sich vor allem mit den Entwicklungen in der alten Bundesrepublik beschäftigt, für die geeignete Längsschnittdaten vorliegen. Von daher erhebt sich am Ende zwangsläufig die Frage, inwieweit die hier getroffenen Aussagen auf die neuen Bundesländer übertragbar sind. Auch wenn man wenig über die Entwicklung der politischen Kultur in den vier Jahrzehnten des Bestands der ehemaligen DDR weiß, so läßt sich auf der Basis der für die neunziger Jahre verfügbaren Vergleichsdaten zunächst feststellen, daß in den neuen Bundesländern die Politikdistanz – nicht nur in der jüngeren Generation – eher noch ausgeprägter als in den alten Ländern ist (vgl. den Beitrag von Gaiser et al. in diesem Heft). Dies dürfte auf eine Reihe unterschiedlicher Ursachen zurückzuführen sein. Einmal haben vierzig Jahre DDR zu einer noch weitergehenden, da politisch forcierten Erosion der traditionellen Milieubindungen geführt als in der alten Bundesrepublik. Auch wenn Kirchen, Gewerkschaften und andere Vereinigungen nach 1989/90 versucht haben, sich nach Osten auszudehnen, sind sie hier immer noch erheblich schwächer, und wenig spricht dafür, daß sie den im Westen – ungeachtet der Abnahmetendenz – immer noch beträchtlichen Organisationsgrad je erreichen werden. Hinzu kommt, daß viele BürgerInnen der Neuen Bundesländer das mit der deutsch-deutschen Vereinigung übernommene westliche Institutionensystem auch heute noch als ungewohnt, wenn nicht gar als fremd empfinden. Dies begünstigt die erheblich ausgeprägtere Politikdistanz. Schließlich neigen sie auch stärker dazu, »der Politik« – analog dem Modell der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft – die Hauptverantwortung für wirtschaftliche Leistungsschwächen zuzuschreiben, was wiederum aufgrund der schwächeren Verankerung der neuen demokratischen Institutionen sehr viel unmittelbare Rückwirkungen auf deren Legitimität hat. Insofern kann man also davon ausgehen, daß sich die beschriebenen Auswirkungen des im Westen eher schleichend verlaufenden Wandlungsprozesses in den neuen Bundesländern sogar in stärkerem Maße manifestieren, auch wenn die Ursachen zumeist anderer Natur sind.

Literatur

- Gaiser, Wolfgang / de Rijke, Johann:** Partizipation und politisches Engagement. In: Gille, Martina / Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Opladen 2000, S. 268–323
- Gille, Martina / Krüger, Winfried / de Rijke, Johann:** Politische Orientierungen. In: Gille, Martina / Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Opladen 2000, S. 205–265
- Hoffmann-Lange, Ursula:** Bildungsexpansion, politisches Interesse und politisches Engagement in den alten Bundesländern. In: Niedermayer, Oskar / Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. Opladen 2000, S. 46–64
- Hofmann-Göttig, Joachim:** Die »Kleine Bundestagswahl vom 24. März 1996«. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Mainz/Bonn 1996
- Kaase, Max / Bauer-Kaase, Petra:** Zur Beteiligung an der Bundestagswahl 1994. In: Kaase, Max / Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994. Opladen 1998, S. 85–112
- Maier, Jürgen:** Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 2000
- Nie, Norman H. / Junn, Jane / Stehlik-Barry, Kenneth:** Education and Democratic Citizenship in America. Chicago 1996
- Putnam, Robert D.:** Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York 2000
- Wiesendahl, Elmar:** Keine Lust mehr auf Parteien. Zur Abwendung Jugendlicher von den Parteien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B10/2001, S. 7–19